

„Das stinkt zum Himmel“

Es ist ein Skandal, wie die Arbeitsagentur Langzeitarbeitslose behandelt – Caritas fordert ein Recht auf soziale Teilhabe durch Arbeit

Der Bundesrechnungshof hat der Agentur für Arbeit vorgeworfen, dass sie Langzeitarbeitslose schlechter betreut als Kunden mit guten Vermittlungsaussichten. Das berichtete der Spiegel. Dadurch täusche die Arbeitsagentur eine bessere Erfolgsbilanz vor. Diese Praxis kritisiert auch die Caritas: „Wenn die Menschen auf der Strecke bleiben, die eine Unterstützung am dringendsten brauchen, trotzdem Teamleiter dicke Prämien für gelungene Vermittlungen einstreichen, dann stinkt dort einiges gewaltig zum Himmel“, sagte der Arbeitsmarktexperte Ulrich Thien vom Diözesan-Caritasverband Münster.

In einem bislang unter Verschluss gehaltenen Prüfbericht hatte der Bundesrechnungshof offenbar der Bundesagentur für Arbeit (BA) vorgeworfen, sich vorrangig um leicht vermittelbare Arbeitslose zu kümmern. Langzeitarbeitslose würden dagegen weitgehend ignoriert, schrieb der Spiegel. Da jede Vermittlung im internen Zählsystem gleich viel wert sei, versuchten die Agenturen so, die vorgegebenen Ziele aus der Zentrale zu erfüllen. Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen würden schlechter betreut, da es schwerer sei, mit ihnen die Ziele zu schaffen.

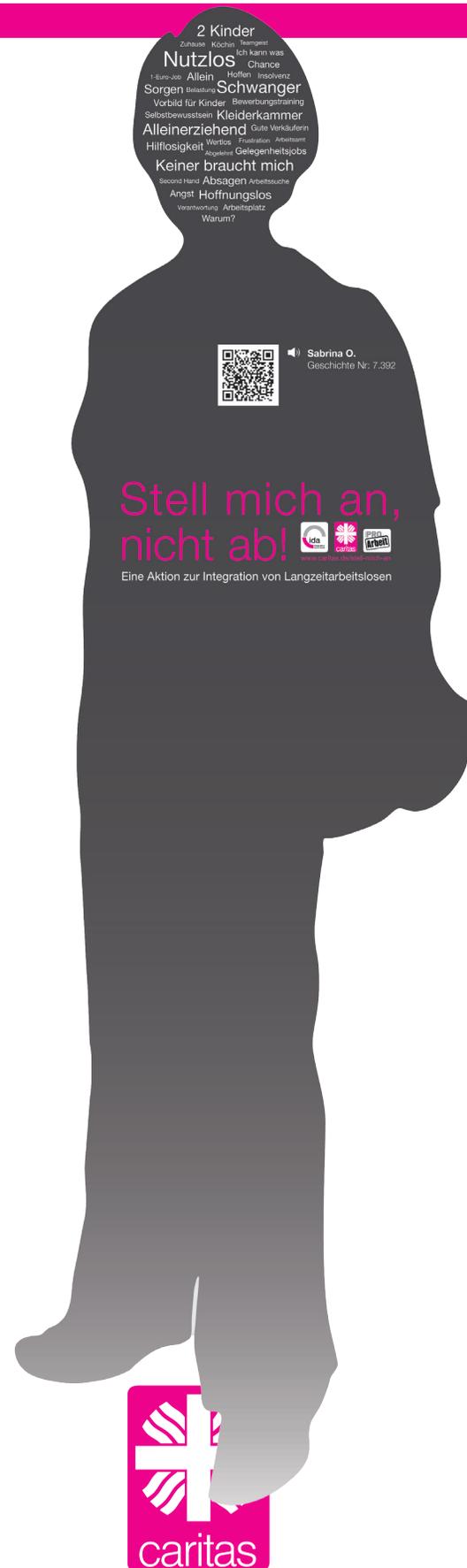
Nach dem Sozialgesetzbuch ist es die zentrale Aufgabe der Arbeitsagentur, „insbesonde-

re durch die Verbesserung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden“. Förderung umfasse „Erhalt und Ausbau von Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten“. Hier setzt die Kritik der Caritas ein: „Arbeitsmarktferne ALG-II-Empfänger bekommen heute oftmals keine hinreichende Förderung“, sagte Caritas-Arbeitsmarktexperte Thien. Die noch bestehenden Arbeitsmarkt-Instrumente seien aufgrund der zeitlichen Befristungen und Förderrestriktionen „nicht hinreichend geeignet, arbeitsmarktferne Personen wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen“, betonte er.

Die Caritas in NRW fordere, das „Recht auf soziale Teilhabe durch Arbeit“ als Grundziel im Sozialgesetzbuch zu verankern. Der Staat solle endlich aufhören, „Arbeitslosigkeit mit immensen Kosten nur stümperhaft zu verwalten“, sagte Thien. Die Caritas setzt dabei in einem solidarischen und integrativen Arbeitsmarkt auf geförderte Beschäftigung durch Lohnkostenzuschuss. „Arbeitsmarktferne Menschen lassen sich nicht von heute auf morgen eingliedern“, betonte Thien. Für sie müsse eine mehrjährige Eingliederungsstrategie entwickelt werden. ◀ M. L.

Bundesweit startet die Caritas-Arbeitsgemeinschaft „Integration durch Arbeit“ mit 1700 lebensgroßen Aufstellern aus Pappe eine Kampagne zur Bundestagswahl. Mit zehn verschiedenen realen „Menschenbildern“ wird deutlich gemacht: Langzeitarbeitslose wollen Arbeit!

Mehr unter www.caritas.de/stell-mich-an



**Stell mich an,
nicht ab!**

Eine Aktion zur Integration von Langzeitarbeitslosen



Unübersichtlich und kompliziert

Essens Diözesan-Caritasdirektor Meiwes enttäuscht von der Familienpolitik der Bundesregierung

Eine seit 2009 laufende, groß angelegte Evaluationsstudie bestätige den Kurs der Regierung, so Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) vor der Presse. Ihr kurzes Fazit: „Weiter so.“ Enttäuscht reagierte der Essener Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes.

Die Experten hätten bei der Evaluierung der bisherigen Maßnahmen vor allem darauf geschaut, ob die Familienleistungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen, wirtschaftliche Stabilität von Familien sichern und die gute Entwicklung von Kindern fördern, hieß es. Mit dem Ergebnis zeigten sich Schröder wie auch Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) – rund 90 Tage vor der Bundestagswahl – durchaus zufrieden. Die amtierende Bundesregierung will ihre bisherige Familienpolitik also fortsetzen und sogar noch eine Schippe draufpacken. So soll das Kindergeld erhöht und ein Familiensplitting eingeführt werden.

„Eltern brauchen mehr Zeit für Kinder und Unterstützung im Alltag“

Caritas in NRW: Sie forderten bei der Auftaktveranstaltung der Caritas zum Jahresthema „Familie schaffen wir nur gemeinsam“ im Februar dieses Jahres einen „sozialen Klimawandel für Familien“. Haben Sie bei der Vorstellung von Kristina Schröder Punkte gefunden, die in diese Richtung deuten?

Andreas Meiwes: Eher nicht. Die Familienpolitik sei sehr erfolgreich, so die Einschätzung der Bundesregierung. Nur: Familien haben bei den Befragungen angegeben, dass ihre individuellen Bedürfnisse in der Familienpolitik nicht berücksichtigt werden.

► Was sind das für Bedürfnisse?

Meiwes: Familien wünschen sich nicht generell einen möglichst schnellen Wiedereinstieg beider Eltern in den Beruf. Sie wollen mit ihren Kindern leben und ihrer Verantwortung gerecht werden – und zwar vor allem mit ausreichender Zeit. Das Thema wird von der Bundesregierung komplett verschlafen. Benachteiligte Kinder und deren Familien wollen ihren Platz in unserer Gesellschaft finden. Für diese Familien ist die Familienpolitik viel zu unübersichtlich



Essens Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes
Foto: Zelck

und kompliziert. Das wurde z. B. beim Bildungs- und Teilhabepaket überdeutlich. So kommen viele Leistungen bei armen Familien gar nicht erst an. Eltern wollen außerdem für den Fall, dass sie einen Kita-Platz in Anspruch nehmen, sicher sein, dass ihr Kind dort gut aufgehoben und gefördert wird. Nach der Diskussion um die Quantität der Plätze ist die Diskussion um die Qualität jetzt dringend erforderlich.

► Was sind dann die Forderungen der Caritas im Ruhrbistum?

Meiwes: Die Absicherung und Förderung besonders für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Es muss mehr Klarheit geschaffen werden in der Frage, was denn der Mindestbedarf für Kinder ist. Die Bemessung des Mindestbedarfs wird in den Sozialsystemen z. B. unterschiedlich definiert. Familien benötigen auch mehr Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitszeit und die Möglichkeit, von der Teilzeit in die Vollzeit oder in die vollzeitnahe Teilzeit zu wechseln, wenn sie dies wünschen. Eine gelingende Familienpolitik berücksichtigt die Lebenslagen aller Familien.

Letztendlich geht es um einen sozialen Kli-

mawandel in der Gesellschaft, in der Kinder als Bereicherung erlebt werden können und nicht als Karrierehemmnis und Armutsrisiko. Wir müssen als Gesellschaft den Familien Zeit geben. Familienpolitik darf das nicht ausblenden und sich nur noch darauf konzentrieren, wie wir Kinder effizient wegorganisieren können. Am wichtigsten bleibt aber die Bekämpfung der Bildungsarmut. Hier sind es vor allem Familien mit Migrationshintergrund, die wir in den Blick nehmen. ◀ Interview: Chr. Grätz

Ausgezeichnet

Für seine strategisch angelegte familienbewusste Personalpolitik ist der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln zum dritten Mal mit dem Audit „berufundfamilie“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung ausgezeichnet worden. Flexible Arbeitszeiten, Gleitzeit, Entgegenkommen in einem aktuellen Pflegefall und die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten – mit Regelungen wie diesen sorgt der Verband dafür, dass seine 151 Mitarbeiter die Anforderungen von Beruf und Familie gut unter einen Hut bekommen. „Wir wollen dafür sorgen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Beruf und Familie nicht als konkurrierende Lebensbereiche erfahren müssen, sondern dass beides in ihrem Leben sein kann und vereinbar ist“, sagte Dr. Helmut Loggen, stellvertretender Diözesan-Caritasdirektor. ◀

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Abo-Fragen: Kevin Jandrey, Tel.: 02 11/51 60 66 20,
E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20,

E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

ClimatePartner
klimateutral

Zertifikatsnummer:
53323-1305-1026
www.climatepartner.com

Spanier für die Pflege gewinnen

Münster – Junge Spanier will die Caritas in der Diözese Münster als Pflegefachkräfte gewinnen. Erfolgversprechende Kontakte sind zur Region Leon in Nordspanien geknüpft worden. Anfang 2014 startet ein Pilotprojekt. Verknüpfen will die Caritas die Anwerbung von bis zu 15 Spaniern mit einer intensiven sprachlichen Vorbereitung und weiteren Hilfen zur Integration. In Spanien sind mehr als die Hälfte der jungen Erwachsenen arbeitslos, allein 80000 Pflegefachkräfte suchen nach vier Jahren Studium eine Stelle. „Wir möchten den Spaniern eine langfristige Perspektive geben und erhoffen uns natürlich auch, sie auf Dauer für die Pflege in unseren Altenhilfe-Einrichtungen zu gewinnen“, erklärte Peter Hoffstadt, stellvertretender Diözesan-Caritasdirektor. Die Caritas will dem Fachkräftemangel entgegenwirken. ◀ (cpm)

Pflege-Vorschläge umsetzen

Essen – Die Caritas im Ruhrbistum fordert eine schnelle Umsetzung der Expertenvorschläge zur Ausgestaltung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Die zukünftige Bundesregierung müsse die Pflegeversicherung grundsätzlich reformieren, forderte Marion Louven von der Caritas im Ruhrbistum. Dies werde jedoch nicht ohne Mehrkosten gehen. Der Expertenbeirat hatte seinen Bericht

zur Ausgestaltung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs an Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) in Berlin übergeben. Die Experten schlagen vor, die derzeit geltenden drei Pflegestufen, die sich fast ausschließlich an Defiziten orientieren, durch fünf Pflegegrade abzulösen. Damit solle auch der Betreuungsbedarf von demenziell Erkrankten und psychisch kranken Menschen erfasst werden. Zukünftig soll es nicht darum gehen, welche Verrichtungen die Pflege übernimmt bzw. leisten muss, sondern wie selbstständig die Betroffenen noch sind. ◀ (cde)

Gläubiger sollen mitfinanzieren

Paderborn – Einen neuen Weg bei der Refinanzierung von Schuldnerberatung hat der Diözesan-Caritasverband Paderborn vorgeschlagen. „Gläubiger profitieren erheblich von der Beratungsarbeit der Schuldnerberatungsstellen, tragen aber bisher nicht zu deren Finanzierung bei“, erklärte Rainer Bartonitschek vom Diözesan-Caritasverband. Wenn der Gesetzgeber zum Beispiel im gesetzlichen Pfändungsverfahren (ZPO) zuließe, einen Teil des pfändbaren Betrages als Beratungspauschale den Schuldnerberatungsstellen zur fallbezogenen Schuldenregulierung zur Verfügung zu stellen, wäre das ein erster richtiger Ansatz. Im Jahr 2012 sind allein in Nordrhein-

Westfalen bei den Gerichten insgesamt 1745517 Mahnverfahren und 791055 Vollstreckungssachen bearbeitet worden. ◀

(cpd)

Schärfer als der „Pflege-TÜV“

Münster – Die Prüfungen sind schärfer als im bisherigen „Pflege-TÜV“. Sie decken Mängel schonungslos auf und erzwingen eine Qualitätsdiskussion in der Einrichtung. Trotzdem wollen immer mehr Träger das in einem Modellprojekt des Diözesan-Caritasverbandes Münster in der Praxis getestete Verfahren des Bielefelder Instituts für Pflegewissenschaften zur Erhebung der Ergebnisqualität einsetzen. Der Deutsche Caritasverband hat entschieden, eine bundesweite Einführung anzustreben. Münsters Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann hofft, dass dieser Prüfansatz die „Pflegeroten“ ablösen wird: „Da wird letztlich nur die Qualität der Dokumentation erfasst, und die haben die Einrichtungen mittlerweile im Griff.“ Wegen des großen Interesses und der positiven Erfahrungen von mittlerweile 6000 erfassten Altenheimbewohnern wird das Projekt „Ergebnisqualität Münster – EQ-MS“ um drei Jahre verlängert. 65 Einrichtungen beteiligen sich derzeit, darunter auch Häuser der Diakonie, städtischer Träger und des DRK. ◀

(cpm)

Caritas: Mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen!

Angesichts der weiteren Verschärfung des Bürgerkriegs in Syrien wird Kritik an der deutschen Flüchtlingspolitik laut. Im Mai hatten Bund und Länder vereinbart, 5000 Bürgerkriegsflüchtlinge – vorübergehend – in Deutschland aufzunehmen. „Das ist angesichts des massenhaften Leids und der Belastungen bei den syrischen Nachbarländern für das reiche Deutschland eine fast lächerliche Zahl“, erklärte der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig vor Mitarbeitern der Flüchtlingssozialarbeit und Rückwandererberatung der Caritas in NRW in Schwerte.

Der Umgang in Deutschland mit den Flüchtlingen aus Syrien erfordere eine schnelle und unbürokratische Hilfe. 1,5 Millionen Menschen hätten ihr vom Bürgerkrieg

gebeuteltes Heimatland inzwischen verlassen und Zuflucht in überfüllten und notdürftigen Lagern vor allem im Libanon und in der Türkei gefunden. „Es ist mehr als

eine Frage des Anstands, für einen Teil der Betroffenen die Grenzen nach Deutschland zu öffnen“, so Lüttig. Die Bund-Länder-Vereinbarung, 5000 Flüchtlinge aufzunehmen, drohe außerdem schon bei der Umsetzung an überzogenen Forderungen der Behörden zu scheitern. Lüttig: „Wie sollen zum Teil traumatisierte Menschen rechtssicher garantieren können, dass sie bald wieder nach Syrien zurückkehren werden? Warum reicht die Zusage von hier lebenden Syrern nicht aus, für ihre Verwandtschaft sorgen zu wollen?“ Die Innenminister müssten diese Praxis schnellstens ändern und sich auch für die Aufnahme von weiteren Kindern, Frauen und Männern aus dem Bürgerkriegsland starkmachen. ◀ (cpd)

Schöne Worte sind zu wenig

Caritas-Aktionen zur Bundestagswahl

Mit dem Ende der Sommerferien in Nordrhein-Westfalen beginnt die – diesmal extrem kurze – heiße Phase des Bundestagswahlkampfes. Am 22. September wählen dann die Bürgerinnen und Bürger den 17. Deutschen Bundestag. Die Caritas mischt sich in den Wahlkampf ein.

Die Caritas trägt Mitverantwortung für die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Sie versteht sich als Anwalt und Partner Benachteiligter und setzt sich für Menschen ein, die am Rande der Gesellschaft leben, die öffentlich keine Stimme haben und die sich nicht selbst helfen können. Sie verschafft ihren Nöten und Anliegen Gehör und unterstützt sie bei der Wahrnehmung ihrer Rechte.

Daher ist es den fünf Diözesan-Caritasverbänden in NRW ein Anliegen, dass die Not vieler Menschen im Bundestagswahlkampf zur Sprache kommt. Diese politische Einmischung ist nicht parteipolitisch motiviert, sondern sie zielt auf die Stärkung der Sozialpolitik in allen Parteien.

Überall in Nordrhein-Westfalen werden daher Veranstaltungen zur Wahl geplant –

so unterschiedlich und bunt, wie die Caritas nun einmal vielfältig ist: mal als Podiumsdiskussion, mal als Fachgespräch, mal im Rahmen eines Straßenfestes, mal als Bürger-Hearing, mal mit oder ohne Beteiligung von

Betroffenen. Veranstalter können örtliche Verbände oder Gruppen sein, diözesane Arbeitsgemeinschaften, Träger mit Diensten und Einrichtungen oder Untergliederungen – oft auch in unterschiedlichen Kooperationen.

Die fünf Diözesan-Caritasverbände begrüßen und unterstützen diese geplanten Veranstaltungen zur Bundestagswahl. Sie

haben inhaltliche Themenskizzen erstellt und untereinander abgestimmt und stellen gestalterische Elemente (Roll-up-Sets und „Caritas-Sitz-Würfel“) für Podien, Bühnen, Stände etc. zur Verfügung.

Gute Veranstaltungen sollen ihren Widerhall in den Medien finden und die Aufmerksamkeit für soziale Themen wecken und schärfen. Die Aktivitäten der Caritas in NRW lassen sich auch über www.caritas-nrw.de und auf Facebook (*Caritas in NRW [Zeitschrift]*) aktuell nachverfolgen. ◀

M. Lahrmann



Vertrauen und Vorsorge auf Gegenseitigkeit

Für alle
Dienstnehmer!

Unsere Stärken – Ihre Vorteile

- Hohe Garantieleistungen und jederzeitige Beitragsflexibilität
- Nur den Mitgliederinteressen verpflichtetes Unternehmen
- Tarife ohne Abschlusskosten, d. h. hohes Vertragsguthaben ab dem ersten Beitrag

SELBSTHILFE
Pensionskasse der Caritas VVaG

Mehr Informationen:

www.sh-rente.de · info@sh-rente.de
Tel.: 0221 46015-0

